



Niederschrift

41. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.02.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:33 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	anwesend bis 19:44 Uhr (TOP 3.4)
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis	
Herr Wendt, Jan	Die Andere	
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Frau Mönchmeier, Silke	CDU	anwesend bis 19:45 Uhr (TOP 3.4)
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Kirsch, Wolfhard	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Herr Becker, Hans	BV	entschuldigt
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Karl, Björn	Familien-Partei	entschuldigt
Herr Tack, Thomas	Die Andere	nicht anwesend
Herr Witschak, Jirka	SPD	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 24.01.2008
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Anträge
 - 3.1 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten
Vorlage: 07/SVV/0968
Fraktion Grüne/B90
- Wiedervorlage -
 - 3.2 Bewohner-Parken
Vorlage: 07/SVV/1051
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- Wiedervorlage -
 - 3.3 Einrichtung von Gastparkplatzscheinen für Anwohner
Vorlage: 07/SVV/1071
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
 - 3.4 Städtebauliche Rahmenvereinbarung zur Entwicklung der Speicherstadt
Vorlage: 07/SVV/1033
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.5 Fortsetzung der Arbeiten am Stadtkanal (Kellertorbrücke)
Vorlage: 08/SVV/0042
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungsvorlagen
 - 4.1 Lärmbelästigung B 273 - Abschnitt Bornstedt
Vorlage: 08/SVV/0067
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.2 Straßenausbaubeiträge Schusterweg (Marquardt)
Vorlage: 08/SVV/0099
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Ralf Jäkel. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jäkel informiert, dass der Tagesordnungspunkt 3.3 entfällt, da die SPD-Fraktion beabsichtigt, die Drucksache 07/SVV/1071 (Einrichtung von Gastparkplatzscheinen für Anwohner) zurückzuziehen.

Des weiteren informiert Herr Jäkel, dass ihm zur Drucksache 08/SVV/0099 (Straßenausbaubeiträge Schusterweg) ein Antrag auf Rederecht für Herrn Juschka vorliegt.

Gegen das Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Lehmann stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Die Mitteilungsvorlage 08/SVV/0099 (Straßenausbaubeiträge Schusterweg) wird im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 2 (Mitteilungen der Verwaltung)

Herr Jäkel regt an, die Mitteilungsvorlage 08/SVV/0099 gleich im Anschluss an die Beschlussvorlagen zu beraten.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Dem GO-Antrag wird zugestimmt.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 24.01.2008

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Aufträge des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Jäkel informiert, dass zu folgenden Anfragen/Aufträgen aus der letzten Sitzung des Ausschusses schriftlich Ausführungen vorliegen, die mit dem Protokoll ausgereicht werden:

- Information zum Handy-Parken gemäß DS 07/SVV/1052
- Zustandsanalyse und Empfehlung für die Gewässerbewirtschaftung Kleingewässer Kirchsteigfeld gemäß DS 07/SVV/1103
- Information zur Parkraumbewirtschaftung bezüglich der Nachfrage von Herrn Lehmann
- Information zu Behinderung von Radfahrern bezüglich der Nachfrage von Frau Dr. Lotz
- Auflistung der Fördermittel für Shared Space gemäß Zusage in der Sitzung am 20.12.2007 (TOP 4)

Lärmaktionsplan

Frau Müller informiert, dass zur fachlichen Begleitung des Lärmaktionsplanes

eine Arbeitsgruppe gegründet wurde. In der Arbeitsgruppe arbeiten verwaltungsseitig die Bereiche Verkehrsplanung, Straßenbau, Verkehrsmanagement, Straßenverkehrsbehörde und Umwelt mit. Des Weiteren wurden der ADAC, der ADFC, die IHK, der BUND, das Landesumweltamt, der Verkehrsbetrieb, die Ministerien für Umwelt sowie für Infrastruktur und Raumordnung sowie die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam um Mitarbeit gebeten.

Die 1. Sitzung der Arbeitsgruppe fand am 12.02.2008 statt. Hier erfolgte u.a. die Darstellung der grundsätzlich möglichen Maßnahmen zur Lärminderung und Erläuterung der Effekte an konkreten Beispielen aus anderen Städten sowie die Formulierung erster Ansätze für Thesen zur Lärminderung in der Landeshauptstadt Potsdam.

Zur Information der Öffentlichkeit und Berücksichtigung der Probleme und Vorschläge der Potsdamer Einwohner wurde im Anschluss eine Bürgerversammlung durchgeführt.

Eine 2. Bürgerversammlung soll voraussichtlich im April 2008 durchgeführt werden, um über die Arbeitsergebnisse zu informieren.

Herr Kapuste fragt nach der zeitlichen Planung.

Frau Müller erklärt, dass der Lärmaktionsplan zum 30.06.2008 erstellt sein muss und dann an das Landesumweltamt weitergereicht wird.

Herr Scharlock fragt, in welchem Schritt die Neuendorfer Straße vorgesehen ist.

Frau Müller kann im Detail keine Aussagen treffen, weist aber darauf hin, dass der Plan in der Verwaltung einsehbar ist.

Statistik Feuerwehr

Herr Hülsebeck stellt anhand von Folien die Statistik 2007 nach Einsatzarten, Feuerwehr- und Rettungsdienst-Einsätzen sowie Einsätzen der freiwilligen Feuerwehr 2004 bis 2007 vor. Er weist darauf hin, dass es ein höheres Aufkommen im Rettungsdienst und ein geringeres Aufkommen beim Krankentransport gibt und macht dabei deutlich, dass der Schwerpunkt in der Notfallrettung liegt.

Herr Kapuste stellt fest, dass die Freiwillige Feuerwehr Eiche 2006 vergleichsweise viele Einsätze hatte.

Herr Hülsebeck reicht hierzu eine Information an Herrn Kapuste nach.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten Vorlage: 07/SVV/0968

Frau Dr. Lotz betont, dass die Fraktion den Antrag aufrecht hält und begründet dies.

Herr Goetzmann erklärt, dass der Antrag in der vorliegenden Formulierung nicht umsetzbar ist. Er informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen einen Änderungsantrag formuliert hat.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass Ähnliches auf Bundesebene vorbereitet

wird. Er spricht sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Herr Kapuste wird den Antrag ablehnen.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass auch die geänderte Fassung des Antrages im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen abgelehnt wurde.

Herr Walter weist darauf hin, dass es bereits einen Beschluss gibt, dies für einzelne Bebauungspläne zu prüfen.

Herr Goetzmann bestätigt dies und informiert, dass das Projekt begonnen hat. Er sagt zu darüber zu informieren, sobald Ergebnisse erkennbar sind.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im März 2008 einen Satzungsentwurf zur Einführung einer solaren Baupflicht nach dem Vorbild Barcelonas vorzulegen.

Mit dieser Satzung sollen private und gewerbliche Bauherren verpflichtet werden, auf den Dächern von Neubauten im Stadtgebiet in einem Mindestumfang entweder Photovoltaik- oder solarthermische Anlagen zu errichten. Entsprechende Vorgaben werden zukünftig auch in die Entwürfe der Bebauungspläne aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 3

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 3.2

Bewohner-Parken

Vorlage: 07/SVV/1051

Herr Arndt bringt eine geänderte Fassung des Antrages ein.

Frau Dr. Lotz hält es für problematisch, wenn der gesamte Abschnitt nur für Anwohner zur Verfügung stehen soll.

Herr Mühlberg regt an, einen Prüfauftrag zu erteilen.

Nach einer kurzen Verständigung einigt sich der Ausschuss zu folgender Formulierung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes nach Fertigstellung des Parkhauses Schiffbauergasse zu prüfen, in wieweit in den festgelegten Grenzen der Parkraumbewirtschaftung in der Berliner Straße (auf der rechten, stadtauswärtigen Seite) Plätze für Bewohner-Parken eingerichtet werden können.

Herr Arndt übernimmt den Antragstext.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes nach Fertigstellung des Parkhauses Schiffbauergasse zu

prüfen, in wieweit in den festgelegten Grenzen der Parkraumbewirtschaftung in der Berliner Straße (auf der rechten, stadtauswärtigen Seite) Plätze für Bewohner-Parken eingerichtet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 3.3 Einrichtung von Gastparkplatzscheinen für Anwohner
Vorlage: 07/SVV/1071**

Der Antragsteller wird die Drucksache zurückziehen.

**zu 3.4 Städtebauliche Rahmenvereinbarung zur Entwicklung der Speicherstadt
Vorlage: 07/SVV/1033**

Herr Goetzmann gibt Erläuterungen zur Drucksache in der Fassung vom 06.02.2008 und stellt anhand von Folien die Planung vor.

Er macht dabei deutlich, dass die wirtschaftlich in erster Linie betroffene Eigentümerin bereit ist, die mit der Veränderung des Bauvorhabens verbundenen Einschränkungen hinzunehmen, wenn die EWP der Führung des Uferweges über das derzeitige Betriebsgelände des Wasserwerkes zustimmt und die Landeshauptstadt eine zügige Umsetzung des Uferweges garantiert.

Hier müssten sich die rechtliche Bedingungen für die Wasserschutzzone ändern. Er macht aber auch deutlich, dass die Änderung der Wasserschutzordnung durch die Stadt nicht zu beeinflussen ist. Die beiden anderen Bedingungen müssen bis 31.05.2008 geklärt werden, so die Zusage an die Eigentümer.

Herr Jäkel weist auf die Uferwegekonzeption der LHP hin, die bereits vor mehreren Jahren beschlossen wurde und den durchgehenden Uferweg enthält.

Er weist auf die verschiedenen Möglichkeiten zur Gestaltung der Bauten hin, um den Uferweg realisieren zu können.

Weiterhin erläutert er die Chancen der Änderung der Wasserschutzzone, weil die Brunnen im Abstand von ca. 40 bis 70 Meter vom Havelufer liegen.

Herr Mühlberg unterstützt das Grundanliegen. Er spricht sich dafür aus, alle Ufergrundstücke gleich zu behandeln.

Herr Goetzmann erklärt, dass die Trinkwasserschutzzone 1 jetzt identisch mit dem Grundstück des Wasserwerkes ist. Ausreichend ist aber ein Radius von 10 Metern im Umkreis der Brunnen.

Herr Lehmann fragt Herrn Böhme, ob das Sicherheitsrisiko, dass dann entstehen könnte, ins Kalkül gezogen wurde.

Herr Böhme (EWP) erklärt, dass 1975 festgelegt wurde, dass die Schutzzone 1 fast das gesamte Gelände des Wasserwerkes betrifft.

Im Jahre 2003 gab es durch das Landesumweltamt Brandenburg (LUA) Bestrebungen, die Wasserschutzzonen des Landes zu ändern, dies ist bis heute ergebnislos.

Er verweist auf den Krisenstab zum Katastrophenschutz, der beraten hat. Ein Programm für Sicherungsanlagen wurde erstellt und eingerichtet.

Herr Mühlberg fragt, ob die EWP die notwendigen Unterlagen für die Neufestlegung an das LUA geliefert hat.

Herr Böhme macht deutlich, dass die EWP mit in der Kommission ist. Er versichert, dass alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel kann dies aufgrund mehrerer Akteneinsichten bestätigen.

Herr Jäkel schlägt folgende Änderung vor:

„Die Stadt Potsdam erklärt mit Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung Speicherstadt vorbehaltlich einer Anpassung der Wasserschutzzonen den Eigentümern zu 2. und 3. verbindlich, den Uferweg bis zum Ablauf des 31.12.2015 auf dem jetzigen Gelände des Wasserwerkes herzustellen und für die öffentliche Nutzung freizugeben.“

Herr Goetzmann verweist auf die Bindung der Haushalte der kommenden Jahre hin und erklärt, dass diese Formulierung nicht ausreichend ist.

Herr Böhme erklärt, wenn ein Beschluss des LUA die Wasserschutzzone 1 aufhebt, wird dies so umgesetzt. Dieser Beschluss müsste dem Aufsichtsrat der EWP zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Jäkel fragt Herrn Goetzmann, ob es einen Verhandlungsspielraum einer möglichen Karenzzeit gibt, den 31.05.2008 geringfügig zu flexibilisieren.

Herr Bethke (Prinz von Preußen Grundbesitz AG) informiert über die intensiven und konstruktiven Gespräche mit der Stadt. Er sagt auch bei geringfügigen Verzögerungen Unterstützung zu. Eine langfristige Verzögerung kann nicht in Kauf genommen werden.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Städtebauliche Rahmenvereinbarung Speicherstadt wird gebilligt (s. Anlage 1).
 - 1.1 Bei dem geplanten Gebäude 1 im Abschnitt 1 „südlicher Teil“ ist verbindlich darauf hinzuwirken, dass an der Wasserkante des Geländes von dem geplanten Gebäude 1 oder im Innern des Gebäudes ausreichend Platz verbleibt, der die Fortführung des öffentlichen Uferweges in der Zukunft ermöglicht.
2. Die Fortführung des Bebauungsplans Nr. 36-1 „Speicherstadt/Leipziger Straße“ ist auf der Basis der in der Rahmenvereinbarung formulierten Entwicklungsprinzipien zur Speicherstadt zu betreiben.

Dabei sind folgende Maßgaben zu beachten:

 - a) Im mittleren und Nordbereich ist die Dichte und Verteilung der Baumasse zu überprüfen um einen stärkeren Bezug zu Landmarken nördlich und südlich der Havel zu erreichen.
 - b) Die Fortführung beider Radwege und deren Anschluss an die Lange Brücke /Heinrich-Mann-Allee ist so zu optimieren, dass auch ein attraktiver in-neliegender Radweg entsteht.

+ folgende Veränderungen der Vereinbarung gemäß Schreiben vom 13.02.2008 an die Fraktionen der StVV:

in § 3

Der Baukörper mit der Gebäudenummer 1 wird aus der Aufzählung im 2. Absatz herausgenommen.

Zwischen dem zweiten und bisher dritten Absatz wird ein neuer Absatz ergänzt: Für den im Masterplan mit der Gebäudenummer 1 bezeichneten Baukörper soll unter Ausschöpfung aller Spielräume der planungsrechtlichen Bedingungen kurzfristig eine Genehmigung ermöglicht werden, noch vor dem maßgeblichen Fortgang des Bebauungsplanverfahrens. Dabei wird entsprechend Anlage 4 A1 vorbehaltlich einer Anpassung der Wasserschutz-zonen sichergestellt, dass eine Fortführung des Uferweges auf den jetzigen Flächen des Wasserwerkes möglich ist, wenn

- die EWP als Betreiberin des Wasserwerkes und Eigentümerin der Flurstücke 14 und 21 der Flur 15 der Errichtung und öffentlichen Nutzung eines Uferweges über diese Flurstücke bis zum 31.05.2008 verbindlich zugestimmt hat,
- die Stadt bis zum 31.05.2008 den Eigentümerinnen zu 2. und 3 verbindlich erklärt den Uferweg bis zum Ablauf des 31.12.2015 auf dem jetzigen Gelände des Wasserwerkes herzustellen und für die öffentliche Nutzung freizugeben.

Wenn eine der genannten Erklärungen bis zum 31.05.2008 nicht vorliegt, gilt Anlage 4 A als Orientierung für die vereinbarungskonforme Realisierung des Baukörpers.

in § 10

Vor dem letzten Absatz wird folgender Absatz eingefügt:

Die Stadt hat eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 Mio EURO an die Eigentümerin zu 2. für den Fall zu zahlen, dass sie ihrer Verpflichtung gem. § 3 Abs. 3, den Uferweg bis 31.12.2015 zu errichten und zur öffentlichen Nutzung freizugeben, nicht nachkommt, wenn nicht das Gebäude mit der Gebäudenummer 1 gemäß der Entwurfsskizze Anlage 4 A gebaut werden durfte.

+ Eine moderate Karenzzeit nach dem 31.05.2008 wird seitens des Eigentümers in Kauf genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 3.5 Fortsetzung der Arbeiten am Stadtkanal (Kellertorbrücke) Vorlage: 08/SVV/0042

Herr Mühlberg bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Jäkel bittet um Information, welche Bäume, Sträucher etc. entfernt werden sollen.

Er fragt wie sich derzeit die Parkplatzsituation gestaltet und wie viele Kurzzeitparkplätze gewünscht sind.

Herr Gülzow (Sanierungsträger) erklärt, dass sich die Entfernung des Baumaufwuchses auf den Wasserstreifen bezieht. Er weist darauf hin, dass die Untere Naturschutzbehörde am Verfahren beteiligt ist. Der Buschbewuchs ist bereits in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde beseitigt.

In der vergangenen Woche wurde vereinbarungsgemäß mit der kostenneutralen Umsetzung des Verfahrens durch Auszubildende des ÜAZ Bauwirtschaft Brandenburg begonnen.

Der Bereich zwischen Stadtmauer und Havel ist bereits geräumt.

Für den Bereich von der Kellertorbrücke bis zur Stadtmauer soll gemeinsam mit FB Grün- und Verkehrsflächen ein Baubetrieb gesucht werden, der die Baustelle innerhalb der nächsten 2 Wochen in einen ordentlichen Zustand versetzt.

Hinsichtlich der Kurzparkmöglichkeiten macht er deutlich, dass es problemlos möglich ist, links und rechts von der Überfahrt zu parken.

Die Realisierung der Kurzzeitparkmöglichkeit wird derzeit durch den Bereich Straßenverkehr geprüft.

Somit sind die Punkte 1 und 2 des Antrages erledigt. Die Punkte 3 und 4 sind derzeit in Arbeit.

Herr Mühlberg sieht die Punkte 1 und 2 des Antrages als erledigt an. Über die Punkte 3 bis 5 des Antrages sollte ein Votum herbeigeführt werden.

Frau Dr. Lotz hält den Antrag für entbehrlich, da der Oberbürgermeister nicht beauftragt werden muss, wenn hier schon etwas erfolgt.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass sich nicht alle Punkte des Antrages erledigt haben. Er bittet, über die Punkte 3 bis 5 des Antrages abzustimmen.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahr 2008 die Realisierung des Projekts durch folgende Maßnahmen zu beschleunigen:

3. Die Baustelle ist in einen ordentlichen Zustand zu versetzen.
4. Für die Besucher der „Kellertor-Info-Brücke“ ist eine Kurzparkmöglichkeit im Bereich der jetzigen Überfahrt einzurichten.
5. Der Oberbürgermeister wird dem Hauptausschuss zweimal im Jahr über den Fortschritt der Bauarbeiten informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 2

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 4 Mitteilungsvorlagen

zu 4.1 Lärmbelästigung B 273 - Abschnitt Bornstedt Vorlage: 08/SVV/0067

Herr Kapuste macht deutlich, dass sich die CDU-Fraktion im Rahmen der Haus-

haltsdiskussion bemühen wird, dem Anliegen der Anwohner Rechnung zu tragen.

Herr Mühlberg merkt an, dass in der gleichen Straße im Bornimer Teil eine Dünn-
schicht aufgetragen wurde. Er fragt, ob es seitens der Stadt Bestrebungen gibt,
diese Strecke in eine Mautstrecke aufzunehmen, da es hier seit Einführung der
Maut eine Zunahme des LKW-Verkehrs gibt. Er bittet um Information als Anlage
zum Protokoll oder in der nächste Sitzung des OUL-Ausschusses.

Herr Rietz weist darauf hin, dass das Hauptproblem in den Nachtstunden besteht,
wenn die Straßen frei sind und die LKW mit hoher Geschwindigkeit fahren.
Er fragt, ob an dieser Stelle bei einem Straßenausbau eine 50%ige Beteiligung
der Anwohner erforderlich wäre.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Verwaltung einen Überblick hat, inwieweit sich die
LKW-Verkehre verstärkt haben.

Frau Müller macht deutlich, dass die B 273 ein Hauptuntersuchungsgebiet des
Lärmaktionsplanes ist. Aufgrund des Planes können dann ggf. Fördermittel beim
Land beantragt werden.

Sie macht deutlich, dass durchgeführte Messungen keine mautbedingten Ver-
stärkungen der LKW-Verkehre ergeben haben.

Frau Kose! erklärt, dass der Ausbau der Fahrbahn gemäß KAG mit 50 % belegt
werden würde. Sie weist auf mögliche weitere Belastungen der Anwohner hin,
wenn im Rahmen des Straßenausbau z.B. auch Rad- und Fußwege ausgebaut
werden müssten.

Frau Müller betont, dass aufgrund der vorliegender Lärmkartierungen die Erstel-
lung des Lärmaktionsplanes erfolgt. Dieser sollte abgewartet werden.

Herr Rietz macht deutlich, dass durch die dadurch abrufbaren Fördermittel ledig-
lich der städtische Haushalt entlastet wird, nicht die Anwohner.

Frau Müller schlägt vor, in der nächsten Sitzung konkrete Informationen zum
Lärmaktionsplan zu geben und dazu Herrn Prof. Hunger einzuladen.

Herr Jäkel regt an zu prüfen, ob eine Überziehung mit einer Asphaltschicht mög-
lich wäre. Hier sollten die Vor- und Nachteile durch die Verwaltung ermittelt wer-
den.

Frau Woiwode erklärt, dass die Strecke ca. 600 – 700 m lang ist. Durch diese
Maßnahme wäre der Etat ausgeschöpft und es wären keine anderen Maßnah-
men mehr möglich.

Eine schnelle Lösung ist aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich.

Herr Kapuste macht deutlich, dass dies so für die Anwohner nicht hinnehmbar ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Straßenausbaubeiträge Schusterweg (Marquardt) Vorlage: 08/SVV/0099

Frau Kose! bringt die Mitteilungsvorlage ein.

Herr Juschka (Anwohner) macht deutlich, dass diese Maßnahme aus Sicht der Anwohner für unzumutbar ist. Er verweist auf die Satzung aus dem Jahre 2003, die auch von der Kommunalaufsicht genehmigt wurde. In dieser Satzung wurde eine Anliegerbeteiligung von 50 % festgelegt. Der Beginn der Straßenbaumaßnahme war vor der Eingemeindung, die Fertigstellung erfolgte nach der Eingemeindung.

Herr Dr. Grittner informiert, dass sich der Ortsbeirat Marquardt am 20.02.2008 mit dem Problem befasst hat. Der Ortsbeirat empfindet das Vorgehen als einen Vertrauensbruch gegenüber den Anwohnern.

Herr Lehmann fragt, welche Baukosten die Verwaltung den Anwohnern in der Anwohnerversammlung am 20.02.2003 benannt wurden. Welche Quadratmeterzahl ergibt sich? Wie hoch ist die neue Beitragspflicht pro Quadratmeter. Gab es diesbezüglich Kontakt zu einem Landtagsabgeordneten?

Frau Kosel erklärt, dass man damals von ca. 90.000 Euro Baukosten ausging. Der Beitragssatz sollte ca. bei 3 Euro pro Quadratmeter, jetzt 3,81 pro Quadratmeter beitragsfähiger Grundstücksfläche liegen. Dies hängt mit der Verringerung von Flächen zusammen.

Im August 2006 erfolgte eine Zwischenanhörung mit den betroffenen Bürgern. Danach gab es Anfragen eines Landtagsabgeordneten an die Verwaltungsspitze. Nach dem Kenntnisstand des Fachbereiches hat es Kontakte zu einem Landtagsabgeordneten gegeben.

Herr Lehmann bittet, dies ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass eine Erschließungsstraße teurer ist, als eine reine Anliegerstraße. Er fragt, wie ist diese Straße ausgebaut worden ist.

Frau Kosel erklärt, dass die Schusterstraße vom Baustandard her eine Anliegerstraße ist. Nach KAG ist der Zeitpunkt der Fertigstellung für die Beitragsbemessung maßgeblich. Somit ist das Ortsrecht der Landeshauptstadt Potsdam anzuwenden.

Herr Rietz hält es für die Herstellung des inneren Friedens für erforderlich, den Anwohnern entgegen zu kommen. Hier sollte geprüft werden, unter welchen Bedingungen eine andere Regelung zu finden. Er macht darauf aufmerksam, dass es sich hier um insgesamt um 17.000 Euro handelt.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass der größte Teil der Baumaßnahmen vor der Eingemeindung durchgeführt wurde. Wenn man mit den Anwohner zu Beginn einer Maßnahme eine Vereinbarung schließt, sollte man sich an diese halten. Er schließt sich dem von Herrn Rietz vorgetragenen Prüfauftrag an.

Herr Lehmann bringt zum Ausdruck, dass die Anwohner am 20.02.2003 einer Maßnahme zugestimmt haben unter dem Gesichtspunkt der Haupteerschließungsstraße.

Frau Kosel bestätigt dies.

Herr Lehmann regt an, die Verwaltung zu beauftragen, den Anwohnern maximal die 3 Euro pro Quadratmeter umlagefähige Kosten anzulasten.

Herr Arndt schließt sich dem an.

Herr Wendt fragt, wie sich die Verwaltung verhalten wird, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird.

Frau Müller macht deutlich, dass eine Beschlusslage, die nicht rechtskonform ist, durch den Oberbürgermeister beanstandet werden muss.

Frau Kosel bietet an, die Anregungen mitzunehmen und prüfen zu lassen und den OUL-Ausschuss über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Herr Lehmann schlägt vor, dass der Ausschuss eine Antragsformulierung vereinbart, die dann von mehreren Ausschussmitgliedern eingebracht wird.

Frau Müller empfiehlt, die Verwaltung mit der Prüfung der Ermessenmöglichkeit und der Information darüber im OUL-Ausschuss zu beauftragen.

Frau Dr. Lotz nimmt die Anregung von Frau Müller auf. Der Ausschuss sollte die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich übereinstimmend, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Sonstiges

Frau Dr. Lotz fragt, wann das Anliegen von Herrn Menzel zum Friedrich-Günter-Park im Ortsteil Groß Glienicke thematisiert wird.

Herr Jäkel macht deutlich, dass er sich diesbezüglich im Vorfeld im dem Ortsbeirat Groß Glienicke verständigen möchte.

Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:

13. März 2008; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin